

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 86 848 pbbn d



Inhalt

Klaus Henning Rosen zu einer jetzt veröffentlichten Antisemitismus-Untersuchung: Kein Grund zur Entwarnung!
Seite 1

Dr. Edith Niehuis MdB zum Staatsbesuch von Rajiv Gandhi: Jetzt müssen politische Initiativen folgen.
Seite 4

Horst Seefeld MdB zur Paraphierung des EG-RGW-Abkommens: Weichen für ein friedvolles Nebeneinander in Europa.
Seite 5

Albrecht Müller MdB zu einer Unions-Kampagne: Auch für das ungeborene Leben einsetzen.
Seite 6

43. Jahrgang / 108

9. Juni 1988

Kein Grund zur Entwarnung!

15 Prozent der Bundesbürger müssen nach einer demoskopischen Erhebung als antisemitisch eingestuft werden

Von Klaus-Henning Rosen

Acht Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland bekennt sich dazu, Juden nicht zu mögen. Insgesamt aber 15 Prozent müssen auf Grund ihrer Einstellungen als antisemitisch eingestuft werden. Dies ist die Hauptaussage einer vom Institut für Demoskopie Allensbach im Herbst 1987 durchgeführten Repräsentativumfrage zum Problem „Ausmaß und Formen des heutigen Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland“. Auftraggeber war die „Antidefamation League“ der internationalen jüdischen Organisation B'nai B'rith, die sich seit ihrer Gründung in den zwanziger Jahren mit der Erforschung des Vorurteils und der Verteidigung der Menschenrechte beschäftigt. Das Ergebnis der Umfrage wurde heute von Professor Herbert Strauss, dem gerade 70 gewordenen, seinerzeit von den Nazis aus Deutschland vertriebenen Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin vorgestellt. Sein Institut, einzig in der Bundesrepublik, hatte die wissenschaftliche Begleitung des Projekts, das auch aus Bundesmitteln finanziert worden ist.

Die Studie setzte an der Kritik früherer Untersuchungen zum Antisemitismus an, die die Wirkung des Holocaust auf den Antisemitismus nicht berücksichtigt hätten, der aus der Öffentlichkeit in die Sphäre privater Ressentiments verbannt worden sei. Diese Kritik ist sicher unberechtigt, denn alle im folgenden genannten Untersuchungen des Antisemitismus nach 1945 haben sich nicht der Tatsache verschlossen, daß das Objekt antijüdischen Vorurteils - die Juden - durch Adolf Hitler weitgehend ausgerottet worden ist.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verfahren Umwelt
mit wertvollem Recycling-Papier



Zustimmung verdient hingegen das, wie die sehr zeitaufwendige Vorarbeit erkennen läßt, gründliche Bemühen der Wissenschaftler des Berliner Antisemitismuszentrums, wiederverwendbare Indikatoren zur Messung antisemitischer Einstellungen zu erarbeiten; denn nur mit Hilfe einer Trendanalyse lassen sich in der Zukunft einigermaßen verlässliche Aussagen über die Entwicklung des Antisemitismus in unserer Gesellschaft wagen. Dann kann man nachprüfen, ob die für heute nachgewiesene größere Resistenz junger Menschen gegenüber dem Antisemitismus Bestand hat, wenn sie älter werden.

II.

Der Antisemitismus ist in der Bundesrepublik Deutschland in regelmäßigen Abständen erforscht worden. Dies ist verständlich, denn eine Gesellschaft konnte nicht unberührt davon bleiben, daß sechs Millionen Juden unter Adolf Hitler das Opfer eines über Jahrhunderte tradierten Vorurteils geworden waren.

Anknüpfend an die im amerikanischen Exil durchgeführten Autoritarismusforschung von Adorno und Frenkel führten Horkheimer und Adorno nach der Wiedergründung des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt 1950/1951 das sogenannte Gruppenexperiment durch, das für 37 Prozent der (1.635) Teilnehmer „extrem antisemitische“ Einstellungen erbrachte. Nach den Synagogenschmierereien Weihnachten 1959 in Köln, Auslöser für eine Welle von antisemitischen Manifestationen in der Bundesrepublik Deutschland, stellte Peter Schönbach bei 16 Prozent der von ihm Befragten „Sympathie für antisemitische Einstellungen“ fest (ein Ergebnis, das sich mit der neuesten Allensbach-Untersuchung deckt, und mit der Feststellung der 1979/1980 durchgeführten SINUS-Studie übereinstimmt, daß 13 Prozent der deutschen Wähler ein rechtsextrems Weltbild haben). Die bisher umfassendste Antisemitismus-Untersuchung führte 1977/1978 der Kölner Soziologe Alphons Silbermann durch, der für eine Bevölkerungsgruppe von etwa 20 Prozent eine stark antisemitische Haltung herausfand. Neben den Österreichern (Hilde Weiss, 1984) befaßten sich unter anderem auf Grund von Umfragen der STERN (Allensbach-Untersuchung/1986) und WIENER (Meinungsumfrage des Wickert-Instituts/1988) mit dem Antisemitismus.

III.

Für die vorliegenden Berliner Untersuchung sind im September/Oktober 1987 mehr als 2.000 Bundesbürger befragt worden. In der Methode vergleichbar der SINUS-Studie waren durch Befragung ausgesprochener Antisemiten deren Stereotypen ermittelt, die dann in einem sogenannten Pretest einer Test-Gruppe vorgelegt wurden. Aus den Antworten wurde das endgültige Befragungsprogramm entwickelt. 88 Prozent der Bevölkerung, so die Untersuchung, haben keine persönlichen Erfahrungen mit Juden, gleichwohl positive wie negative Vorstellungen über sie. Zu den negativen Stereotypen gehöre die Vorstellung vom gerissenen und geldgierigen Juden, die durch die Wiedergutmachung - so die Bewertung - neue Nahrung erhalten habe; 36 Prozent der Befragten haben auf diesen Begriff negativ reagiert. Fast die Hälfte lehnte die Aussage nicht ab, daß die Juden aus der Vergangenheit des Dritten Reiches ihren Vorteil zu ziehen suchten. Bei der sogenannten Faktorenanalyse haben die Forscher als wichtigstes Stereotyp das (positive) vom in der Gemeinschaft verankerten Juden herausgefunden, dem aber die vom geschäftstüchtigen und der empfindlichen Jude unmittelbar folgen.

Ganz in den Hintergrund getreten ist das für Stürmer-Karikaturen und Goebbels-Propaganda bestimmende Stereotyp vom schwächlichen, häßlichen Juden. Auch die religiöse Begründung von Antisemitismus spielt offenbar keine Rolle; antiisraelische Ressentiments sind in geringerem Umfang als erwartet an die Stelle des Antisemitismus getreten. Dagegen dominiert mit 33 Prozent die Vorstellung, der jüdische Einfluß in der Welt sei zu hoch. Die Untersuchung bestätigt die bereits früher gefundenen Ergebnisse, daß mit steigendem Alter das Vorurteil zunimmt, daß Bildung und Ausbildung ein Schutzmantel gegen Antisemitismus sind, daß ländliche Bevölkerungen vorurteilsanfälliger sind als städtische, „Das Weltbild antijüdisch Gesinnter ist durch einen Mangel an Weltoffenheit und Toleranz und ein tiefes Misstrauen gegenüber anderen ethnischen Gruppen und Nationen gekennzeichnet.“

IV.

Die Untersuchung bestätigt, was wir wußten, daß Antisemitismus tabuisiert ist. Zwar habe nur eine Minderheit (18 Prozent) bewußter Antisemiten das Gefühl der gesellschaftlichen Isolation, äußere aber gleichwohl die Meinung, die Gesellschaft sei nicht bereit ihre wahre Haltung über Juden zu äußern. Die Allensbacher Befrager sind - zumindest in ihrer Presse-Erklärung - sehr unklar, ob es einen „latenten Antisemitismus“ gibt. Sie führen für die judenfreundlichen Befragten die geringe „Kommunikationsscheu“ offenbar als dessen Widerlegung an. Dem stehen aber die Befragungsergebnisse früherer Untersuchungen entgegen, die neben den ausgewiesenen Antisemiten für jeweils mindestens ein Viertel der Bevölkerung das Vorhandensein eines gleichsam abrufbaren Antisemitismus diagnostiziert hatten. Die Allensbach-Untersuchung - zumindest der der Presse vorgetragene Befund - gerät an dieser Stelle in den Verdacht, daß man sich bemüht hat, den Erwartungen der dem Institut verbundenen Bundesregierung gerecht zu werden, daß es einen allzu weit verbreiteten Antisemitismus nicht geben könne. Das gilt vor allem für die mehrfache „Feststellung“, es bestehe in der Bevölkerung der Wunsch nach einem „Schlußstrich unter die Vergangenheit“. Man wird im einzelnen nachzuprüfen haben, ob die Untersuchung dies abdeckt. Die der Presse vorgelegten Ergebnisse tun es jedenfalls nicht. Wenn (nur) 70 Prozent der Meinung sind, Juden und Nichtjuden sollen in allem gleichbehandelt werden, (nur) 69 Prozent meinen, Kinder von Juden sollten auf die gleichen Schulen gehen wie andere Kinder auch, (nur) 28 Prozent meinen, wir sollten keine Wiedergutmachungszahlungen an Israel leisten, dann zeigt das doch, daß für die regierungsamtliche These vom dicken Schlußstrich unter Deutschlands Nazi-Vergangenheit derzeit kein Anlaß, aber zum Glück auch keine Chance besteht.

V.

Die Fachleute haben uns die Befunde vorgelegt, offen bleibt, welche Konsequenzen man aus ihnen zu ziehen hat. Das ist Aufgabe der Gesellschaft, die - so ist zu hoffen - Vorstellungen entwickeln wird, was gegen Vorurteile zu tun ist, von denen Antisemitismus nur eines ist; das belegt die Studie, die gegenüber Asylanten, Zigeuner, Türken und Gastarbeiter ein noch deutlicheres Vorurteil erbracht hat als gegenüber Juden. Nach den früheren Untersuchungen sind solche Überlegungen leider ausgeblieben.

(-/9.6.1988/rs/ks)

Dem Besuch von Rajiv Gandhi müssen politische Initiativen folgen

Ein Resümee des Staatsbesuchs des indischen Premierministers

Von Dr. Edith Niehuis MdB

Vorsitzende der deutsch-indischen Parlamentariergruppe

Der dreitägige Besuch des indischen Premierministers Rajiv Gandhi in der Bundesrepublik kann mit Recht dann als Erfolg gewertet werden, wenn die positiven Signale, die von diesem Staatsbesuch ausgegangen sind, politisch weiterverfolgt werden. Mit der TechnoGerma im März, den Besuchen zweier Bundesminister in Indien und jetzt dem Besuch von Rajiv Gandhi in der Bundesrepublik eignet sich gerade das Jahr 1988 als Aufforderung, die Beziehungen zwischen Indien und der Bundesrepublik zu intensivieren.

Der deutschen Öffentlichkeit wurde der Staatsbesuch des indischen Premierministers vorwiegend als wirtschaftspolitischer Besuch vorgestellt. Sicherlich gibt es in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern noch einiges zu tun. Die deutsche Industrie muß ermutigt werden, in Indien noch mehr zu investieren, und Indien seinerseits muß den Kurs der wirtschaftlichen Liberalisierung fortsetzen. Zu oft lassen sich ausländische Investoren durch das indische Lizenzsystem und durch andere bürokratische Hürden von einem finanziellen Engagement in Indien abhalten. Die Politik der „self-reliance“, die einerseits Indien in den Entwicklungsjahren seine Unabhängigkeit sicherte, ist andererseits ein Hemmschuh im internationalen wirtschaftlichen Wettbewerb. Dieses gilt auch für die Exportchancen der indischen Wirtschaft, die über eine liberalere indische Wirtschaftspolitik an den internationalen Markt herangeführt werden muß. Nur so wird die Handelsbilanz mit der Zeit angeglichen sein können. Die Worte des indischen Premierministers in der Bundesrepublik geben hier Anlaß zur Hoffnung. Und sicherlich wird Indien noch mehr Anstrengungen unternehmen müssen, den Armen im Lande zu helfen, jenen 271 Millionen Indern und Inderinnen, die unter der Armutsgrenze leben. Das sind 37 Prozent der indischen Bevölkerung. Besonders hier ist auch die deutsche Entwicklungspolitik gefordert.

Reduzierte man den Gandhi-Besuch allerdings nur auf die wirtschaftspolitischen Aspekte, würde man dem Anliegen des indischen Premierministers nicht gerecht. Ebenso stark betonte er außenpolitische Themen. Er kritisierte den Stillstand im Nord-Süd-Dialog und die ungerechte Weltwirtschaftsordnung und appellierte an die Bundesregierung, bei den Vereinten Nationen eine aktivere Rolle in den Bemühungen um eine neue, gerechte und unparteiische Weltwirtschaftsordnung zu spielen. Immer wieder thematisierte er die Apartheid in Südafrika und den Kolonialismus in Namibia und forderte umfassende, verbindliche Sanktionen gegenüber Südafrika.

Mit Stolz verwies er auf die Blockfreiheit Indiens und ihrem Grundsatz der friedlichen Koexistenz. Insofern begrüßte er den Abbau der Spannungen in Europa und den Abrüstungsdialog und verwies auf Indiens Bemühungen, in der eigenen Region durch Verhandlungen den Frieden mit den Nachbarn zu sichern.

Nicht ungehört sollte ein Satz bleiben, den er in seiner Tischrede in der Redoute hielt: „Die Menschheit steht vor der Wahl zwischen Koexistenz oder Nichtsein, der Wahl zwischen Wettrüsten oder Fortbestand der menschlichen Rasse. Kann hinsichtlich dieser Wahl irgendein Zweifel bestehen?“ Insofern gibt es genügend Anlässe, den außenpolitischen Dialog mit Indien zu intensivieren und die anlässlich des Besuches angekündigten regelmäßigen Außenministerkonsultationen mit aller Ernsthaftigkeit durchzuführen.

Allerdings würde eine politische Chance vertan werden, wenn es nur beim Reden bliebe und die politischen Handlungen auf sich warten ließen. Dazu gehört auch, daß Bonn seine Nord-Süd-Politik ändert und Indien in seinem Bemühen um Frieden in der südasiatischen Region unterstützt.

(—/9.6.1988/rs/fr)

Weichen für friedvolles Nebeneinander in Europa

Zur Paraphierung des EG-RGW-Abkommens

Von Horst Seefeld MdEP
Vizepräsident des Europäischen Parlaments

Die Beziehungen zwischen den zwölf Ländern der Europäischen Gemeinschaft und den sieben Ländern aus dem Bereich des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) treten in ein neues Stadium.

Nach drei Jahrzehnten des Bestehens der EG wird die Gemeinschaft von den Ostblockstaaten mit dem jetzt getroffenen Abkommen offiziell akzeptiert. Die verschiedenen RGW-Staaten werden ihre Verbindungen durch eigene Verträge mit der Gemeinschaft regeln, bei der EG Botschaften einrichten und zwischen ihren Parlamenten und dem Europäischen Parlament ständige Delegationen einsetzen.

Damit sind die Weichen für ein friedvolles Nebeneinander in Europa gestellt. Wenn Ende Juni die Vereinbarungen unter Dach und Fach sind, ist ein historisch bedeutsamer Schritt getan, der neue Perspektiven für beide Seiten bietet.

Themen gibt es genug. Ich habe gerade vor einigen Tagen in Ost-Berlin zu verkehrspolitischen Themen referiert.

Umwelt- und Energiefragen, neue Technologien, Probleme der Entwicklungsländer, Menschenrechts- und Sicherheitsfragen werden wohl neben den Wirtschafts- und Handelsthemen die vorrangigsten Politikbereiche bei den neuen Beziehungen sein.

Nach der gegenseitigen Anerkennung von EG und RGW durch die gemeinsame Erklärung will das Europäische Parlament möglichst umgehend die ständigen Delegationen zu den Parlamenten der RGW-Staaten aktivieren und noch in diesem Jahr die ersten Treffen durchführen. (—/9.6.1988/rs/fr)

Auch für das geborene Leben einsetzen

Anmerkungen zu einer Unions-Kampagne

Von Albrecht Müller MdB

Wichtigste Pflicht des Staates ist es, sich für den Schutz des Lebens einzusetzen: des geborenen wie des ungeborenen.

Bei der Frage, wie letzteres am wirkungsvollsten zu schützen sei, schlagen die politischen Wogen zwischen CDU, CSU und FDP augenblicklich wieder einmal hoch. Zu befürchten ist, daß die derzeit von vielen in der Koalition favorisierten Vorstellungen, die auf eine Verschärfung des geltenden Beratungsgesetzes abzielen, nur eine verschärfte Bürokratisierung bedeuten werden und die psychischen Belastungen der betroffenen Frauen erhöhen werden. Dem Ziel, die Schwangerschaftsabbrüche einzudämmen, wird damit mit keinem Schritt näher kommen.

Dennoch hat CDU-Generalsekretär Geißler gestern vor der bayerischen Schwesterpartei kapituliert und das bayerische Beratungsgesetz, das eine räumliche und damit personelle Trennung von Beratung und Indikation beim Schwangerschaftsabbruch bestimmt, als CDU-Zielvorstellung für den bevorstehenden Bundesparteitag übernommen. Gleichzeitig gibt Geißler bekannt, dem Parteikongreß lägen rund 300 Anträge zu einem "verbesserten" - sprich: verschärften - Beratungsgesetz vor.

Bei all dem unergiebigem Aktionismus in den Reihen der Koalition bleibt eine andere, furchtbare Tatsache im Schatten: Die Gewalt, die den geborenen Kindern in unserem Lande innerhalb der Familie angetan wird. Die Schätzungen schwanken zwischen jährlich 30.000 und 400.000 mißhandelten Kindern; 600 bis 1.000 Kinder werden alljährlich von den eigenen Eltern umgebracht.

Die Öffentlichkeit reagiert hier, wo Betroffenheit und Handeln angesagt wäre, leider zumeist mit Verdrängung. Gerade deshalb wäre es wünschenswert, daß CDU/CSU nur einen Bruchteil der Energie, die sie bei ihren unproduktiven Kampagnen für das ungeborene Leben aufbringen, gegenüber der tagtäglichen Tragödie in deutschen Wohnstuben und Kinderzimmern aufwenden.

Die Ursachen der familiären Gewalt sind sicher vielfältig. Doch wohl unbestreitbar ist, daß ein gereiztes Klima innerhalb der Familien aufgrund finanzieller und ökonomischer Probleme hier Vor-schub leistet. In diesem Zusammenhang muß die Regierungskoalition in die Pflicht genommen werden. Sie muß ihr Nichtstun gegen die Arbeitslosigkeit endlich aufgeben und anstatt mit der sogenannten Steuerreform Geschenke an Großverdiener zu verteilen, die sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schaffen, die die Situation in den Familien entspannen helfen und auch die Existenz der Alleinerziehenden nachhaltig stärken.

(-/9.6.1988/bgy/rs)

* * *